

Neuer Weg

MONATSSCHRIFT FÜR AKTUELLE FRAGEN DER ARBEITERBEWEGUNG

HERAUSGEGEBEN VOM PARTEI VORSTAND DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

REDAKTION: BERLIN N 54, LOTHRINGER STR. 1, »ZENTRALHAUS DER EINHEIT«

DEZEMBER 1946 HEFT 9

Zwei wichtig» Beschlüsse

In den letzten Wochen faßte der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands u. a. zwei Beschlüsse, die die Tätigkeit unserer Partei entscheidend beeinflussen: den „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“ und „Über die Bildungsarbeit der SED“. Greift der erstangeführte Beschluß ein entscheidendes Problem der Gegenwart und Zukunft Deutschlands heraus und stellt es in aller Öffentlichkeit zur Erörterung, so betrifft der zweite Beschluß die Mitglieder unserer Partei selbst. Die Diskussion und der Kampf um eine wirkliche demokratische Verfassung für ein einheitliches Deutschland erfordert eine sozialistisch geschulte Partei als Trägerin dieses Kampfes. Beide Beschlüsse ergänzen einander. Unsere Bildungsarbeit kann nicht losgelöst vom täglichen politischen Kampf vor sich gehen. Die sozialistische Bildung kann nicht vor oder nach der politischen Massenarbeit, sondern nur gleichzeitig mit und neben ihr und vor allem für sie erfolgen.

I.

Mit der Veröffentlichung des Entwurfes einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik stellte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in gedrängter Form alle entscheidenden Probleme unseres Volkes und seiner Zukunft zur Erörterung. Die Verschiedenartigkeit der Entwicklung in den einzelnen Zonen, Ländern und Provinzen, die Schaffung der unterschiedlichen Länderverfassungen mit ihren separatistischen Tendenzen im Westen, die die große Gefahr des Auseinanderlebens und -fallens in eine ohnmächtige Kleinstaaterei signalisieren, erfordern gebieterisch die Behandlung der Lebensfrage unseres Volkes vom gesamtdeutschen Standpunkt. Höher als Länderinteressen, als „bayerische“ oder sonstige Lebensart muß das allgemeine deutsche Interesse stehen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zeigt durch diesen Verfassungsentwurf neuerlich, daß sie eine wirklich deutsche Partei ist, sie stellt die deutschen Lebensfragen in ihrer Gesamtheit zur Diskussion und zeigt Wege zur Lösung der brennenden Lebensfragen der Nation auf, zum Unterschied von der Sozialdemokratischen Partei oder der Christlich-Demokratischen Union bzw. Christlich-Sozialen Union, die einen provinzialistischen, bayerischen, hessischen oder auch hannoveranischen Standpunkt einnehmen. Der Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen und Politik ist eben nicht Deutschland, sondern sind enge Landes- und Zoneninteressen. Sie dienen damit nicht dem deutschen Volke, sondern jenen Kreisen, die heute an einem zersplitterten, in Kleinstaaten aufgelösten Deutschland ein Interesse haben, weil sie da am besten Unterschlupf finden und in Ruhe neue reaktionäre Ränke schmieden können.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands will, daß wirklich die breitesten Massen des Volkes an der Aus-

arbeitung der Verfassung teilnehmen und daß die Verfassung der Ausdruck des Volkswillens wird. Darum auch die Aufforderung zur Diskussion, die sich bereits in der Presse entfaltet und Meinungen und Vorschläge für und wider ergeben hat. Aber diese Diskussion genügt nicht, denn wenn die Verfassung unserem Volke etwas bedeuten soll, dann muß es überzeugt sein, daß sie den Interessen des Volkes dient und entspricht. Weil aber die Interessen der breiten arbeitenden Schichten unseres Volkes andere sind als jene der Monopolkapitalisten und Junker, ist entscheidend, daß auch die Werktätigen ihre gesamte Kraft zur Durchsetzung einer wirklich fortschrittlichen Verfassung einsetzen. Die Durchsetzung einer solchen, den Interessen unseres Volkes dienenden Verfassung ist eine Macht- und darum auch eine Kampffrage. Von diesem Gesichtspunkt gesehen, haben die fortschrittlichen Kreise das größte Interesse an der demokratischen Erörterung der Verfassung durch die Volksmassen, zum Unterschied von der Reaktion, die die Schaffung einer Verfassung zur Angelegenheit eines kleinen Kreises von Fachleuten und Politikern machen möchte.

Bei Gesprächen mit Arbeitern, Bauern und Handwerkern über die Verfassung hört man oft die Einwendung, „Verfassung für ganz Deutschland?“ schön und gut, aber haben wir nicht ganz andere Sorgen? Brauchen wir Brennmaterial? Drücken nicht Ernährungsorgen? Woher die Rohstoffe für den Betrieb nehmen usw. Diese Menschen gehen in ihren täglichen Sorgen auf und meinen, daß der Entwurf einer gesamtdeutschen Verfassung nichts mit ihrem praktischen täglichen Leben zu tun habe. Nichts ist irriger als das, denn die Lösung aller brennenden Sorgen ums tägliche Brot hängt untrennbar mit der künftigen Verfassung, d. h. mit der künftigen Gestaltung Deutschlands, zusammen. Jeder Tag zeigt, wie notwendig gerade die arbeitenden Volksmassen eine fortschrittliche Verfassung brauchen. Zeigt der Skandal der Freisprechung des Erzbergermörders durch deutsche Richter in Freiburg nicht drastisch, wie dringend notwendig die Beseitigung des sogenannten „unabhängigen“ Richterstandes ist, wie sie im Verfassungsentwurf gefordert wird? Ist es nicht höchste Zeit, daß endlich mit dieser Art Justiz, die sich nach der Vernichtung der Naziherrschaft auf Nazigesetze beruft, Schluß gemacht und dementsprechend auch Sicherungen in der neuen deutschen Verfassung geschaffen werden? Oder ein anderes Beispiel. Die Hungerkatastrophe im Ruhrgebiet hat ihre Ursachen. Kein fortschrittlicher Mensch wird leugnen, daß dort auf wirtschaftlichem Gebiete noch heute Kräfte wirksam sind, die den Krieg und die heutige Katastrophe Deutschlands mitverursacht haben. Ohne Entmachtung der Monopolkapitalisten und Junker gibt es keinen Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete und auch keine Garantie für das tägliche Brot, Brennmaterial